

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 24

**Artikel:** "Aktive Neutralität" : eine exemplarische Erscheinung am Beispiel Schwedens  
**Autor:** Angelus, Oskar  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095605>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Eine exemplarische Erscheinung am Beispiel Schwedens

## «Aktive Neutralität»

Von Oskar Angelus

Die Bolschewiken haben seit Beginn ihrer Herrschaft in Russland westliche Begriffe benutzt und ihren Inhalt gefälscht. Unter Demokratie verstehen sie die Diktatur, Kriege teilen sie, abhängig davon, ob sie für die Sowjets nützlich oder schädlich sind, in gerechte und ungerechte ein, und Ähnliches geschieht mit dem Terminus Neutralität. Laut Moskau unterscheidet man zwischen aktiver und passiver Neutralität.

Solange sich die UdSSR nicht selbst am Zweiten Weltkrieg beteiligte, beflissigte sie sich der «aktiven Neutralität» und unterstützte Hitler, wie es Roosevelt mit England tat. So überliess Moskau den in der Nähe von Murmansk gelegenen «Seestützpunkt Nord» der deutschen Kriegsmarine, rüstete einen deutschen Hilfskreuzer auf einer sowjetischen Werft aus, erklärte sich bereit, als Käufer von Metallen und Rohstoffen für das Dritte Reich im Auslande aufzutreten usw. Deutschland wurde unterstützt, weil der Kreml ganz richtig annahm, es sei der schwächere Teil. Der Krieg sollte in die Länge gezogen werden, um den Westen zu schwächen.

Die Sowjetunion betreibt im Bedarfsfall nicht allein selbst eine Neutralitätspolitik geschilderter Art, sondern verlangt dasselbe auch von ihren Freunden und denen, die sich um ihr Wohlfühlen bemühen. Zu diesen Ländern gehört, bedingt durch seine geographische Lage, heute Schweden. Das macht seinen schweren Stand in der Aussenpolitik aus, um so mehr als es sich oft um heikle Fragen handelt, über die man nicht in aller Offenheit diskutieren kann.

In diesen Wochen und Monaten geht es um die Vietnamfrage.

Schon zu Beginn dieses Jahres hatte Schweden als bis jetzt einziges nichtkommunistisches Land Nordvietnam anerkannt. Anfang Oktober erklärte der schwedische Aussenminister Torsten Nilsson auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stockholm, Nordvietnam werde Finanzhilfe in Höhe von 200 Millionen Kronen (etwa 40 Millionen Dollar) erhalten. Als Folge dieser Ankündigung annullierten amerikanische Unternehmen im Laufe von 24 Stunden Aufträge an die schwedische Industrie in Höhe von 57 Millionen Dollar, wobei die Stora Kopparbergs Bergslags AB mit 35 Millionen der grösste Leidtragende war.

In einem kurzen Telefongespräch wurde der schwedischen Firma mitgeteilt, man wolle nicht in geschäftlicher Verbindung mit einem Lande stehen, das einen mit den USA kriegführenden Staat unterstützt. Aus demselben Grunde, erklärte ein Sprecher des Aussenministeriums in Washington, würde die amerikanische Export- und Importbank Schweden möglicherweise keine weiteren Kredite gewähren. Diesen Massnahmen drohen sich die amerikanischen Hafnarbeiter anzuschliessen und schwedische Schiffe zu boykottieren. Amerikanische Zeitungen haben einen «Krieg gegen die Wikinger», gemeint sind die Schweden, proklamiert und zum Teil begonnen, und der Senator William Scherle (Iowa) hat die Rückzahlung von 104 Millionen Dollar gefordert, die Schweden den USA schuldet.

Hinzu kommen einige Fakta, die das Ganze noch verschärfen. Die amerikanischen Astronauten mieden bei ihrer Europareise Schweden, über den schwedischen Alleingang ärgerten sich Dänemark und Norwegen, die nicht einmal rechtzeitig informiert wurden, und — last, not least — die UdSSR und Nordvietnam unterzeichneten am 15. Oktober ein Abkommen, demzufolge Hanoi neben militärischer auch finanzielle Hilfe zugesichert wurde.

Die Frage der schwedischen Finanzhilfe rief einen Sturm der Entrüstung in den USA und Missbehagen in anderen Ländern, selbst in Schweden, hervor. Das schwedische Aussenministerium erklärte, ein neutrales Land sei keineswegs zur politischen Passivität in der Aussenpolitik verurteilt, und Neutralität sei nicht zugleich eine Neutralität der politischen Ansichten. Der neue schwedische Ministerpräsident Olof Palme sprach von einem Missverständnis, das sich teilweise durch Unkenntnis der Hintergründe der geplanten Aktion erklären lasse. Wenn man ausserdem, fügte er hinzu, in Betracht ziehe, was Torsten Nilsson früher gesagt hat, sei es klar, was er meinte. Der Minister selbst betonte auf einer improvisierten Pressekonferenz, es handle sich um ein Missverständnis, das immer möglich sei, wenn Journalisten ihre Mitteilungen in Verkürzungen kabela. Ein neues Missverständnis soll dann in Amerika eingetreten sein, und Arne Geijer, der Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses und zu-

gleich Chef des schwedischen Gewerkschaftsbundes, der nach den USA gereist war und von dort nach Kanada, soll gesagt haben, die 200 Millionen seien sowohl für Nord- als auch Südvietnam vorgesehen als dreijährige Wiederaufbauhilfe nach Kriegsende. Gleich zwei Presseagenturen — AP und UPI — seien dem Missverständnis zum Opfer gefallen. Als Resultat weiss nun der gewöhnliche Zeitungsleser — wenigstens in Schweden selbst — nicht, worum es sich eigentlich handelt, bloss dass 200 Millionen Kronen gezahlt werden, aber wann, wem und vor allem wofür, ist unklar.

Torsten Nilsson, der seinen amerikanischen Kollegen William Rogers besuchte, erklärte ihm persönlich den ganzen Sachverhalt, und die Angelegenheit dürfte schliesslich zu den Akten gelegt werden. Der Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums sprach von «sehr konstruktiven Überlegungen» der beiden Staatsmänner; viel mehr Positives scheint die Begegnung nicht ergeben zu haben. Es steht aber zu hoffen, dass die USA-Regierung die tatsächlich schwierige Position des schwedischen Aussenministers anerkennt, der immer stark mit dem Kreml rechnen muss. Hinzu kommt seine Stellung in der eigenen Partei. In der Stockholmer Arbeiterschaft, deren Vorsitzender er ist, wehen scharfe prokommunistische Winde. Um dem linken Flügel dieses wichtigen Teils der schwedischen Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss Nilsson hin und wieder Zugeständnisse machen. Deshalb sind in Schweden Stimmen laut geworden, die seinen Rücktritt aus der Regierung oder der Leitung der Arbeiterkommune fordern. «Auf zwei Stühlen zugleich kann er nicht sitzen.»



Der Beitrag unseres Skandinavien-Korrespondenten über die Neutralität Schwedens im Schatten der Sowjetunion interessiert die Schweiz als klassisches Land der Neutralität ganz besonders. Der Umstand, dass Schweden selbst — übrigens neben Russland — zu den Garanten der schweizerischen Neutralität von 1815 gehört, verleiht der heutigen Problematik einen eigenen Reiz.

Vorab einige Feststellungen über die Neutralität. Völkerrechtlich werden vorübergehende (ad hoc) und dauernde Neutralität unterschieden, erstere als Massnahme einer Regierung, einem bestimmten Krieg fernzubleiben, letztere als Willensäusserung einer Regierung, allen militärischen Konflikten fernzubleiben.

Das Recht, an einem Krieg nicht teilzunehmen, überbindet der Regierung des betreffenden Landes auch einige Pflichten: zunächst setzt die Notwendigkeit, einen Angreifer abweisen zu können, die Möglichkeit militärischer Landesverteidigung voraus; sodann muss die Glaubwürdigkeit der Neutralität durch Nichtteilnahme an militärischen Bündnissen in der Friedenszeit und durch die Bereitschaft zur Friedensvermittlung während der Kriegszeit nachgewiesen werden. Das bedeutet: die Neutralitätspolitik verlangt überparteiliche Aussenpolitik.

(Fortsetzung auf Seite 16)

## Koexistenz heute

(Fortsetzung von Seite 13)

als sozialistischer Nationalismus dar, und insofern ist er das reine Gegenteil des zwischen den westlichen Industrieländern praktizierten Internationalismus kapitalistischer Prägung.

Angesichts dieses Gegensatzes ist Neutralismus weder eine konfliktreduzierende noch eine durch die Stärke der sich als neutralistisch klassifizierenden Staaten konfliktunterdrückende Position. Es ist eine Position der Schwäche, der eigenen sowohl wie eine der Schwächung des Funktionsgefüges der internationalen Beziehungen. Neutralismus im Ost-West-Konflikt ist wie der Ver-

such, diesen Konflikt auf einen Mächtekonflikt klassischer Prägung zurückzuführen —, ein verfehlter Versuch, den die zivilisatorische, technische und kommerzielle Realität bereits überholt hat. Herrschende Mittelmässigkeit in den politischen Führungen hindert daran, herkömmliche Neutralismuspositionen als anachronistische Souveränitätsbedürfnisse zu entlarven und die eigenen Souveränitätsbedürfnisse als Hindernisse einer universellen Neutralisierung aller internationalen Beziehungen zu durchschauen. Dies setzte freilich auch eine Neubestimmung des Begriffs «Neutralismus» voraus, Neutralismus nämlich verstanden als Versuch der Regierung eines neutralen Staates, die Neutralität den Staatsangehörigen als politische Haltung zu überbinden. ■